

Wie weiter mit Europa?

Seit Ende des 2. Weltkriegs waren die Aussichten für Europa nicht mehr so düster wie heute. Umso wichtiger ist es, linke Perspektiven für die Zukunft des Kontinents zu entwickeln

In der LINKEN wird engagiert darüber diskutiert, wie es mit Europa, mit der Europäischen Union und dem Euro weitergehen soll. Ist mehr oder weniger Integration der richtige Weg? Sind die Institutionen der EU reformierbar oder ist ein Neustart nötig? Oder beides? DISPUT möchte die Diskussion weiterführen. Sechs Debattenbeiträge.



AXEL TROOST

Europa geht auch solidarisch – gegen die Zerstörung der EU

Die Europäische Union steckt in einer existenziellen Krise. Von der Eurokrise, über den tiefen Zwist in der Flüchtlingspolitik bis hin zum Brexit – all dies hat die EU schwer erschüttert. Vielerorts erstarben nun Kräfte, die eine nationalistische Politik unbehelligt von europäischen Institutionen durchsetzen wollen. Auch in der LINKEN finden sich Stimmen, die den Euro auflösen oder aus der EU

auszutreten wollen. Doch so verständlich der Unmut ist, tragen Ausstiegs-szenarien wenig dazu bei, einer linken Politik Konturen zu verleihen und andere Bündnispartner zu begeistern.

Die vielen Probleme aus der Zeit vor dem Euro (Dominanz der DM, über- und unterbewertete Währungen, spekulative Währungsattacken) machen eine Rückkehr zum alten europäischen Währungssystem nicht wirklich erstrebenswert. Denn dazu kämen schließlich noch die schweren Schäden, die der Übergang zu einem neuen Währungssystem mit sich brächte. Besonders hart wären Staaten mit hohen Staatsschulden und schwacher Wirtschaft betroffen: Sie wären zu einer harten Sparpolitik gezwungen, gleichgültig, ob sie links oder rechts regiert würden.

Die Auflösung des Euros ist daher ein Szenario, auf das man sich wohl oder übel vorbereiten muss, aber keine Lösung, die vorangetrieben werden sollte. Dies gilt auch für die Auflösung der EU. Denn der Nationalstaat ist nicht in der Lage, die globalen Probleme der Wirtschafts- und Finanzkrisen, des Klimawandels, der Migrationsbewegungen und des Terrorismus zu bewältigen. Die Welt braucht weniger Nationalstaat und mehr internationale Kooperation sowie internationale Organisationen, wie die EU, um diese Aufgaben zu bewältigen.

Allerdings: Weder EU noch Euro haben in ihrer jetzigen Form eine Zu-

kunft. Sie müssen beide radikal umgebaut werden.

Dazu gehört: Die schwächelnde Wirtschaft muss durch ein europäisches Investitionsprogramm stimuliert werden, das die Austeritätspolitik beendet. Es wäre die Aufgabe einer demokratisch gewählten europäischen Wirtschaftsregierung, über Eckpunkte für die nationalen Haushalte dafür zu sorgen, dass die Fiskalpolitik zukünftig den Erfordernissen der gesamten Eurozone gerecht wird.

Zweitens müssen die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone beseitigt werden. Zukünftig müssten auch Staaten mit hohen Überschüssen im Außenhandel dazu verpflichtet werden, auf eine ausgeglichene Leistungsbilanz hinzuarbeiten. Im Zweifelsfall drohten hohe Geldstrafen. Für Deutschland hätte diese Regelung ein besonderes Gewicht. Maßnahmen zur Steigerung des Lohnniveaus und öffentliche Investitionen wären angesichts der aufgelaufenen Fehlentwicklungen quasi unvermeidlich.

Drittens müssten Beschäftigung, Lohn- und Einkommenspolitik und soziale Sicherung in der Union einen deutlich größeren Stellenwert erhalten. Es wäre ein Leichtes, mit Hilfe von Indikatoren die Entwicklungen in diesen Bereichen zu beobachten (sei es bei Arbeitslosenquoten, bei der Entwicklung von Lohnstückkosten oder in der Höhe der Gesamtausgaben für soziale Sicherung) und bei

Fehlentwicklungen korrigierende Maßnahmen zu erzwingen.

Neue Spielregeln für die Finanzmärkte, die Einführung von Euro-Anleihen und Maßnahmen der Steuerpolitik würden dieses Paket komplettieren.

Diese Maßnahmen sind konkret und im Einzelnen für viele Bündnispartner attraktiv. In ihrer Gesamtheit stellen sie den rechten und neoliberalen Zerstörern der EU ein ganzheitliches Konzept entgegen. Auf dem Weg zu einem solidarischen Europa wären wir einen riesigen Schritt weiter. ◀

Axel Troost ist Bundestagsabgeordneter der LINKEN und stellvertretender Vorsitzender der Partei DIE LINKE



DOMINIC HEILIG

Europa nicht abschreiben

»Wir sind die Linke, die durch das Feuer geht, und nicht die der Flucht in den Nationalismus«, bemerkte jüngst Alexis Tsipras. Syriza steckt, trotz kraftvoller Sprachbilder, in einer tiefen Vertrauenskrise.

Mitglieder sind aus dem Bündnis der radikalen Linken mit großem Tamtam ausgetreten. Einige haben sich in linken Nischen eingerichtet oder sich demotiviert ins Private zurückgezogen. Die Linke in Griechenland, einst Hoffnungsträgerin für die Linke in Europa, ist noch an der Regierung, aber eben nicht an der Macht. Die Entscheidungsmacht über die Ent-

wicklung Griechenlands und der dortigen Linken liegt längst woanders - in den Verwaltungsstuben in Berlin und Brüssel.

Kaum jemand in der europäischen Linken redet heute noch ohne Reflexe über Griechenland - oder viel notwendiger: mit den GenossInnen in Athen. Europaweit: Erst taumelnde Euphorie über den Wahlsieg 2015, dann OXI-Trotz und schließlich linke Gleichgültigkeit.

Dabei sollte der europäischen Linken gerade Nichts in Griechenland gleichgültig sein, weil es auch um die gesamte europäische Idee geht. Nötig sind deshalb eine radikale Analyse der Gegenwart und ein realistischer Blick auf die Zukunft. Es geht um Reformalternativen für Griechenland und damit für Europa.

Hierzulande ist die Frage - anders als für Tsipras - noch nicht entschieden, ob DIE LINKE bereit ist, »durchs Feuer zu gehen« oder die EU für unveränderbar und damit für verzichtbar hält. Letzteres würde nicht nur die GriechInnen und Millionen EuropäerInnen mit Desintegration, Demokratieabbau und Sozialabbau zurückzulassen. Nein, nebenbei würde so auch eine der Identitäten der Linken geopfert und der »Internationalen Solidarität« der inhaltliche Kern entnommen.

Europaweit feiert der Linksdiskurs über einen EU-Austritt wachsende Zustimmung. Eine ernsthafte Auseinandersetzung über Reformalternativen für eine andere EU findet kaum statt. Und wenn, dann dominiert hierin die Radikalität der Phrase, nicht aber die Radikalität der Analyse und die Faszination einer europäischen Idee.

Gerade zur Bundestagswahl ist es notwendig, die Frage der Zukunft Europas nach vorne zu stellen und zumindest temporär zu klären. Erfolgt dieser Klärungsprozess in den kommenden Monaten nicht, erfolgt keine Präzisierung unserer Haltung zur EU im Bundestagswahlprogramm, entweicht das Projekt Ablösung der Großen Koalition in weite Ferne.

Die deutsche Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik steht in einem engeren Zusammenhang zur Debatte über die zukünftige Gestaltung der EU, als viele meinen würden. Ohne konkrete Reformalternativen und mit einer populärer werdenden Absage an die EU wird es schwer, zu einem Partner für einen Politikwechsel gegen den Rechtstrend in Europa zu werden. Unsere Alternativen hinsichtlich des Zusammenlebens in der EU werden auch darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Politik Deutschlands in Europa entwickelt. Aktuell ist DIE LINKE in dieser Frage zu vielstimmig. Und das ist ausnahmsweise kein Vor-, sondern ein Nachteil. Nicht nur für die GriechInnen, sondern auch für die Menschen in diesem Land. ◀

Dominic Heilig ist Mitglied des Parteivorstandes DIE LINKE und betreibt das Blog www.linke-in-europa.de



Foto: Oliver Hansen

FABIO DI MASI

Mehr EU oder mehr Europa?

Die EU steht am Abgrund: Die Wirtschaft liegt wegen der Euro-beziehungsweise Kürzungspolitik im Komma. Brexit, Bankenkrise in Italien, Flüchtlingskrise und faule Deals mit Terrorpate Erdogan. Konzernabkommen wie CETA werden mit der Brechstange durchgesetzt. Der EU-Kommissionspräsident Juncker ist Pate eines Steuerkartells für Konzerne und sein Vorgänger Barroso prostituiert sich bei der Finanzmafia Goldman Sachs. →

Die EU ist nicht zufällig wo das große Geld ist. Seit den 1980er Jahren ist die EU vor allem ein Binnenmarkt, und sie heizt die Globalisierung künstlich an, statt sie zu zähmen. Das ist wie CETA oder TTIP – nur eben ohne Kanada oder USA.

Nicht mal das Europäische Parlament hat etwas zu melden, wenn etwa der Europäische Gerichtshof unter Verweis auf EU-Verträge Tarifverträge oder Strafsteuern auf Finanzflüsse in Steueroasen als Einschränkung

des Binnenmarktes aufhebt. Denn die EU ist eine Vertragsgemeinschaft. Wie Ehe ohne Liebe.

In Europa stehen daher die Trumps bereit. Marine Le Pen könnte Frankreichs Präsidentin werden. Die Reaktion der EU? Permanente Lohn- und Rentenkürzungen sollen über Euro-Technokraten bald überall durchgesetzt werden; Arbeitslose wie Amazon-Pakete durch ganz Europa verschickt werden, um einen Job zu finden; nationale Parlamente sollen bei Handels-

abkommen zukünftig nichts mehr zu melden haben und die EU mehr in Rüstung investieren und Krieg führen.

Klar ist: DIE LINKE fordert neue EU-Verträge. Dies erfordert die Zustimmung von 28 EU-Mitgliedstaaten. Es ist aber eher unwahrscheinlich, dass wir in 28 EU-Staaten linke Regierungen haben werden. Daher müssen wir – wie es Verfassungsrechtler fordern – auch bereit sein, Regeln der EU zu brechen, wenn sie zu frech wird beziehungsweise Kompetenzen überdehnt.

Es geht nicht um mehr oder weniger EU, sondern um mehr oder weniger Demokratie und Sozialstaat. Wenn Brüssel direkt in den Haushalt Athens eingreift, dann ist das »mehr EU«, aber auch mehr deutsches Europa, mehr Krise und weniger Demokratie. Und ohne die Beteiligung nationaler Parlamente hätte es keinen Aufstand des gallischen Dorfes Wallonie gegeben und wären CETA oder TTIP bereits in trockenen Tüchern.

Natürlich sind internationale Regeln nötig. Wir bräuchten in der EU zum Beispiel Mindeststeuern für Konzerne wie Apple, die nur 0,005 Prozent Steuern auf ihre EU-Gewinne zahlen. Aber wenn Staaten wie Luxemburg blockieren, sind Strafsteuern (entgegen der EuGH-Meinung) wie von den USA gegen Liechtenstein und Schweiz angedroht, oft effektiver.

Auch im Rahmen der Globalisierung sind Konzerne und Superreiche in nationale Netzwerke und Machtstrukturen eingebunden. Egal, wie viele Briefkästen sie in Steueroasen haben. Auch deswegen lobbyiert die Bundesregierung in Brüssel nach den Abgastricks weiter für VW. Von links lässt sich daher über Wahlen und Protest in Lissabon, Madrid oder Berlin oft mehr Druck aufbauen als in Brüsseler Hinterzimmern. Die bittere Niederlage in Griechenland hat gezeigt: Ohne europäisches Deutschland lässt sich das deutsche Europa kaum überwinden. Wer mehr Europa will, muss

Linke in Spanien und Portugal

Europa zu Gast in Thüringen: Auf einer öffentlichen Veranstaltung der Linksfraktion GUE/NGL im Erfurter Landtag sprachen im November Europaabgeordnete aus Spanien und Portugal über die Situation der Linken in ihren Ländern.

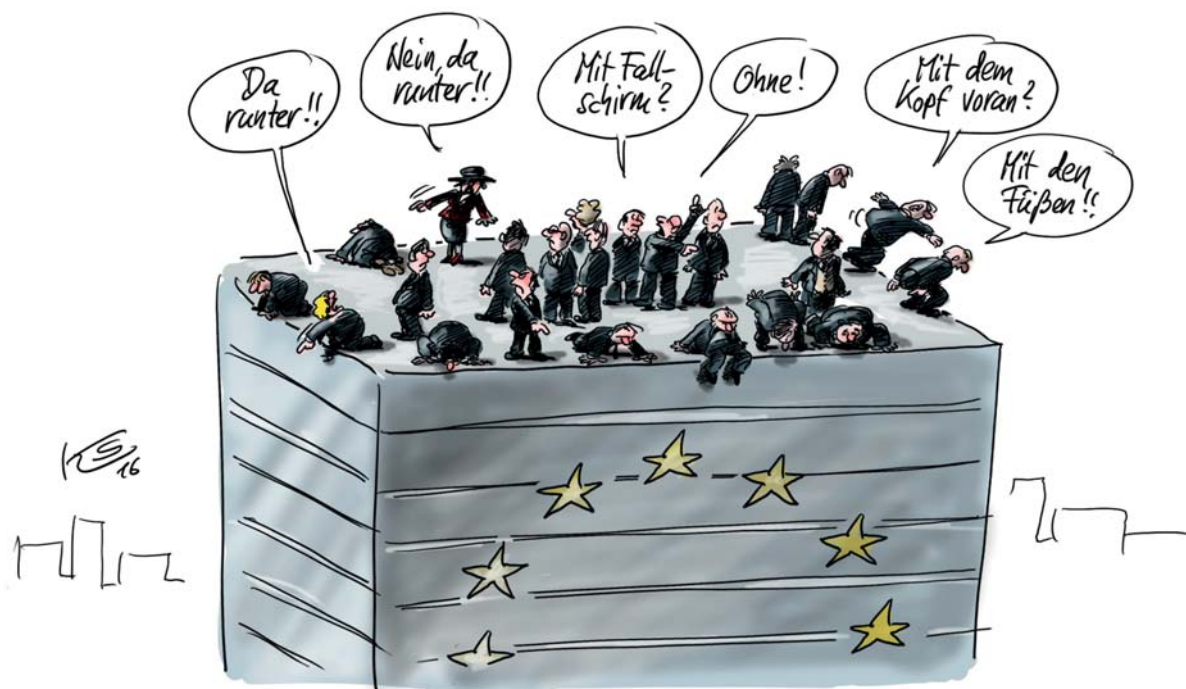
Tania González Peñas, von Podemos aus Spanien, setzte bei den Wirtschaftssystemen an, die die Diktaturen in Spanien und Portugal hinterlassen haben. Niedrige Löhne gehörten ebenso dazu wie die Abhängigkeit von wenigen Schlüssel-sektoren. Vorteile der EU-Mitgliedschaft wie Zugang zu neuen Märkten, brachten etwas Linderung.

Doch wurden die strukturellen Probleme im Zuge der Krise 2008 wieder deutlich. Die EU-Kürzungspolitik sorgte für zusätzliche Unsicherheit. Ángela Vallina von Izquierda Unida aus Spanien beschrieb die Schwierigkeiten, Menschen über lange Zeit hinweg zu mobilisieren, um Veränderungen anzustoßen. Die Kontrolle von Unternehmen über große Medien und das reformbedürftige Bildungssystem erweisen sich als große Hindernisse. Viele Menschen schreiben der EU-Kürzungspolitik die Verantwortung für die Verschärfungen ihrer sozialen Lage zu.

João Ferreira von der Portugiesi-

schen Kommunistischen Partei (PCP) beschrieb eine ähnlich dramatische Situation. Eine Vereinbarung zwischen PCP, Linksblock (Bloco de Esquerda) und der Sozialistischen Partei, gestattete der Sozialdemokratie die Bildung einer Minderheitsregierung. Erreicht wurde so zum Beispiel die Wiedereinführung von Sozialleistungen für benachteiligte Gruppen oder die Erhöhung des Rentenniveaus. Andererseits gebe es strukturelle Elemente, von denen sich die derzeitige Regierung nicht trennen wolle. Nach seiner Ansicht gehören der Euro und die Europäische Union als solche dazu, die seiner Meinung nach Teil des Problems, nicht der Lösung seien. Die Europaabgeordnete des Bloco und frühere Präsidentschaftsbewerberin Marisa Matias nannte außerdem die Einführung neuer Mietrechte oder Maßnahmen, die zur Linderung von Energiearmut beitragen sollten, als Erfolge. Auch der Prozess der Privatisierung des öffentlichen Transports konnte ausgesetzt werden und öffentliche Banken blieben in der Hand der Regierung.

Karim Khattab



Die britische Regierung plant den Absprung...

Karikatur: Klaus Stüttmann

GEDANKENSTRICH

daher manchmal auch weniger EU wa-
gen. ◀

Fabio di Masi ist Europaabgeordneter der
LINKEN



TOBIAS PFLÜGER

Opposition von links gegen neoliberale und militaristische Politik der EU-Institutionen und -Einzelstaaten organisieren

Die Frage, ob die politischen Auseinandersetzungen mehr auf europäischer Ebene oder im einzelstaatli-

chen Kontext geführt werden soll, ist stark ideologisch aufgeladen. Dabei wird häufig »übersehen«, dass »Europa« und die EU zwei völlig verschiedene Dinge sind.

Es gibt einen nachvollziehbaren Impuls, weil man/frau nicht nationalistisch sein will (was ja völlig richtig ist), dann in »mehr Europa« einen anti-nationalistischen Weg zu sehen. Das geht an den realen politischen Verhältnissen völlig vorbei. Die Frage ist, wie Linke sich zur (Politik der) real existierenden Institution EU (und natürlich der EU-Einzelstaaten) verhalten sollen, und nicht, dass »europäisch« angeblich nicht nationalistisch sei. Unter Umständen ist das unter den jetzigen politischen Bedingungen genau umgekehrt: Die deutsche Regierung dominiert real und abgesichert durch neue Stimmverteilung in den geltenden Verträgen die EU-Politik sehr stark.

Mit dem Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages ist die EU inzwischen auch ein Militärbündnis. Das Brexit-Votum und erneut die Wahl Donald Trumps nutzen die Verantwortlichen in der EU, um die Militarisierung der

EU heftig voranzutreiben: Ziel ist eine »Europäische Verteidigungsunion«, mit dem EU-Rüstungsfond soll der EU-Haushalt auch für Militärisches genutzt werden. Rüstungsindustrien werden noch stärker durch die EU-Ebene gefördert. Die EU baut ihre Militäreinsätze erheblich aus. Der brutalste ist der Einsatz im Mittelmeer, offiziell gegen Schleuser, aber kaum verhüllt geht's um militärische »Abwehr« von Flüchtlingen. Die EU betreibt eine mörderische Flüchtlingsabwehrpolitik mit FRONTEX, das weitere Befugnisse bekommt, und Co.

Nein, diese EU ist nichts, auf das wir als LINKE und Linke uns positiv beziehen sollten. Tun wir es doch, schüren wir gefährliche Illusionen. Die geltenden EU-Verträge (und damit die festgeschriebenen Inhalte) müssen rückgängig gemacht werden, sie müssen »überwunden« werden, sprich: Es muss keine Vertragstreue von links geben.

Wir müssen als Linke ganz nüchtern analysieren, auf welcher politischen Ebene wir wie Einfluss nehmen können, rein praktisch: Tarif-→



Foto: GUE/NGL

einigungen werden einzelstaatlich festgelegt, also ist das da die »richtige« politische Ebene. Die Dienstleistungsrichtlinie wurde auf der EU-Ebene durchgesetzt, umgesetzt wird sie nun bis zu den Kommunen. Wir müssen unsere politischen Kämpfe jeweils dort führen, wo sie (derzeit) angesiedelt sind. So einfach ist das. Und wenn es die einzelstaatliche Ebene ist, hat das mit Nationalismus nichts zu tun.

Statt diese unsägliche Debatte »Europa versus Nationalstaat« zu führen, (zu den Begrifflichkeiten s.o.) sollten über keine dieser Institutionen und politischen Ebenen Illusionen verbreitet werden, was angeblich alles möglich sei. Die politischen Kämpfe gegen neoliberale und militaristische Politik muss endlich auf allen politischen Ebenen forciert werden. ◀

Tobias Pflüger ist stellvertretender Vorsitzender der LINKEN und war von 2004 bis 2009 Europaabgeordneter

GABI ZIMMER

Kräfte bündeln und europäisch handeln

Noch ein Weiter-so mit Merkel und Schäuble und wir können die EU vergessen. Der Schock, den wir durch den Hass und die Brutalität erlitten haben, mit der die Eurogruppe der SYRIZA-Regierung einen Knebelvertrag aufzwingt, wirkt noch nach.

Ja, die Herrschenden in der EU haben sich Instrumente geschaffen, mit denen sie die wirtschaftlich abhängigen, verschuldeten Staaten nach ihrer Pfeife tanzen lassen. Ganze Vertragswerke wurden erarbeitet, Strukturreformen durchgesetzt, Sanktionsmechanismen als Drohkulissen aufgebaut, damit die EU im globalen Wettbewerb siegt.

Das alles passierte nicht mit einem Schlag, sondern nach und nach. Wie konnte es soweit kommen? Ha-

ben diejenigen recht, die sagen, es liege im Wesen der EU, bestehende Ungleichgewichte zu verstärken, Spaltungen zu verschärfen, zu ent-solidarisieren? Wer dem zustimmt, müsste ziemlich sicher sagen können, alles versucht zu haben, um eine solche Entwicklung der EU zu stoppen; um die schöne und schon fast vergessene Geschichte der EU als Gegenentwurf zum verheerenden, blutigen Nationalismus des letzten Jahrhunderts wieder zu beleben. An Altiero Spinelli und sein 1941 auf der gleichnamigen Gefängnisinsel geschriebenes »Manifest von Ventotene« zu erinnern, das die Vision eines freien und geeinten Europas beschrieb.

Kann die Linke in Europa für sich in Anspruch nehmen, die Vision einer anderen EU mit aller Kraft verteidigt, um eine solidarische, friedliche, demokratische Union gerungen zu haben?

Wir sollten ehrlich bleiben. Wir sind entsetzt über Maßnahmen, die die linke SYRIZA-Regierung angesichts der Erpressungen durch die Troika und die Eurogruppe ergreifen musste. Nicht wenige Linke zeigen auf Tsipras und rufen »Haltet den Dieb!«. Das Wort vom Verrat macht die Runde, weil sich einer nicht gegen 27 andere durchsetzen konnte. Da steht Genossen in einem Mitgliedsland das Wasser bis zum Hals, wir aber – zumindest ein Teil von uns – üben uns in der Rolle der Selbstgerechten. Was aber haben wir Linke in Europa getan, um den Handlungsraum der einzigen linken Regierung in der EU zu erweitern? Sind wir Schäuble, Merkel, Dijsselbloem, Dra-

ghi in den Arm gefallen, um sie daran zu hindern, Griechenland, Spanien, Portugal oder Irland rücksichtslos umzubauen? Ist uns bewusst, dass wir in unseren Mitgliedsländern den politischen Kampf um die Ausrichtung der EU führen müssen? Dass unsere Regierungen dafür verantwortlich sind, dass es bis heute keine soziale Säule der EU gibt, dass dem EU-Vertrag kein Sozialprotokoll beigefügt wurde, dass wir nicht der Europäischen Sozialcharta beigetreten sind? Dürfen wir als Linke weiterhin zulassen, dass die Bundesregierung die deutsche Wirtschaft protegert und andere Regierungen die EU für Eigeninteressen missbrauchen? Wir treten 2017 zur Bundestagswahl an, um eine machtpolitische Alternative zu bieten. Wenn wir das nicht schaffen, philosophieren wir dann

Was denkst Du über Europa und die EU? Interessierte sind herzlich eingeladen, sich auf der Facebook-Seite von DISPUT an der Diskussion zu beteiligen.

über den Austritt aus Deutschland? Nein, wir versuchen, breitere politische Bündnisse zu schaffen. Wir wollen doch die Verhältnisse zum Tanzen bringen, oder?

Das Gleiche gilt für die EU. Wir müssen nicht das Hohelied auf die EU singen. Wenn wir uns nicht auf eine Vision von einem geeinten, friedlichen Europa in allen Details einigen können, lasst uns gemeinsam Themen und Initiativen entwickeln, unsere Kräfte bündeln und europäisch handeln. Lasst uns darum kämpfen, das europäische Haus offen und bewohnbar für alle zu gestalten ◀

Gabi Zimmer ist Vorsitzende der Fraktion der Vereinten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europaparlament